

Geschäftszahlen:

BMBWF 2022-0.466.972

BMDW 2022-0.447.466

BMK 2022-0.440.032

**26a/2.2**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die formelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Raumfahrt), Luxemburg, 9./10. Juni 2022**

#### **1. Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie, 9. Juni 2022**

Österreich wurde im Teil Binnenmarkt und Industrie durch Bundesminister Univ. Prof. Dr. Martin Kocher vertreten. Seitens der EK waren EVP Margrethe Vestager, KM Thierry Breton und KM Didier Reynders anwesend. Den Vorsitz führte die FR Ministerin für den Energieübergang Agnès Pannier-Runacher (iV Minister Bruno LeMaire).

Zu Beginn wurde die Allgemeine Ausrichtung zur Verbraucherkredite RL angenommen.

Anschließend fand eine Orientierungsaussprache zum Chips Act statt. Im Lichte der Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine und dem daraus resultierenden Engpass bei Halbleitern, aber auch in Hinblick auf den grünen und digitalen Übergang, stieß dieser auf breite Unterstützung und die Mehrheit der Mitgliedsstaaten plädierte für eine rasche Fortsetzung der Verhandlungen. HBM Kocher betonte, der Chips Act sei ein wichtiger Schritt für die Stärkung des Halbleiter Ökosystems. Man müsse sich im Lichte der hohen Kosten für die Produktion von Halbleitern auf bestehende Stärken konzentrieren und diese ausbauen, damit man keine Marktanteile verliere. Eine rasche Umsetzung sei daher wichtig. Eine Führungsrolle der EU bei den 2 NM Chips sei wichtig, insbesondere für den grünen und digitalen Wandel. Man müsse sich aber auch auf den kurz- und mittelfristigen Bedarf konzentrieren, insb. für den Automobilsektor und die produzierende Industrie, damit der Chips Act erfolgreich sei. Es brauche das richtige Maß an Detail und einen technologieoffenen Zugang entlang der ganzen Wertschöpfungskette. Für die

Verwirklichung der Ziele und die damit verbundene Umgestaltung des Joint Undertakings brauche es ein Regelwerk, das nicht übermäßig kompliziert sei und eine effiziente Umsetzung ermögliche. Zudem müsse man auch über die Finanzierung aus dem EU-Haushalt sprechen und die Auswirkungen darauf. Vorgesehen sind politikgesteuerte Gesamtinvestitionen von mehr als €43 Mrd. bis 2030. Dennoch sollten aus österreichischer Sicht mehr als die darin enthaltenen €3,3 Mrd. an EU-Mitteln aufgestellt werden. Die Auswirkungen auf die Haushalts VO sind noch zu prüfen, aber es ist wichtig, dass die Finanzierung im Einklang mit dem MFR steht und keine Nutzung von Margen oder die Reaktivierung von bereits verfallenen Mitteln vorgesehen wird.

Die EK (VP Vestager) begrüßte, dass es eine gemeinsame Einschätzung geben hinsichtlich der aktuellen Knappheit und der mangelnden Präsenz der EU im internationalen Halbleitersystem. Die aktuellen Engpässe beziehen sich auf Chips mit ausgereiften Technologien und andere Staaten investierten bereits in den Ausbau von Produktionskapazitäten. Die Frage sei daher, ob es sinnvoll sei in diesem Bereich zu investieren. Es wäre besser auf starke Partnerschaften zu setzen und eine enge Zusammenarbeit sicherzustellen. Die EK (KM Breton) betonte ebenfalls, dass man das Thema Fachkräfte nicht ausreichend berücksichtigt habe. Genauso wie es Zeit für den Ausbau von Produktion brauche, brauche es auch Zeit für die Ausbildung von Fachkräften. Man sei allen Mitgliedsstaaten gegenüber offen und allen Partnern im Ökosystem, großen Unternehmen und Forschungseinrichtungen genauso wie Universitäten. Der Chips Act biete die Möglichkeit in ausgereifte Chipstechnologien zu investieren, wenn sie einen innovativen Charakter hätten z.B. bei der Energieeffizienz.

Der künftige tschechische Vorsitz sagte zu, den Chips Act als Priorität zu behandeln, sehe den Chips Act nicht nur als Kriseninstrument in der aktuellen Krise, sondern langfristig als Instrument für den Aufbau von nachhaltigen und angemessenen Produktionskapazitäten.

Die zweite Diskussionsrunde befasste sich mit der Stärkung der Resilienz der industriellen Ökosysteme. Der französische Vorsitz verwies einleitend auf die Konsequenzen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, die es dringlicher machen die Resilienz der EU zu stärken. Die EU-Regierungschefs hätten in der Erklärung von Versailles sechs strategisch wichtige Sektoren für die EU identifiziert: Rohstoffe, Energie, Ernährung, Gesundheit, Digitales und Halbleiter. In diesen Bereichen sollte die EU autonom werden. Rohstoffe seien auch das Thema des informellen Rates Wettbewerbsfähigkeit in Lens gewesen. Man sei sich einig gewesen, dass es ein klares Ziel für 2030 brauche. Die EK sei schon mit dem Aktionsplan für Rohstoffe aktiv geworden und haben einen Fonds von € 3,2 Mrd. für Batterien angekündigt. Die Arbeitsgruppe habe auch Empfehlungen abgegeben.

Alle Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass man die Abhängigkeiten von einzelnen Drittstaaten reduzieren müsse. HBM Kocher betonte, man müsse auch an der Idee des offenen Handels festhalten, aber die Abhängigkeiten insbesondere bei industriell kritischen Rohstoffen und Technologien strategisch angehen. Die Bestrebungen die EU Souveränität zurückzuerlangen dürfen nicht zu mehr Protektionismus führen. Ein effektives Gleichgewicht zwischen der Kontrolle von Subventionen und der Offenheit gegenüber Investitionen aus Drittstaaten muss sichergestellt sein. Weiters braucht es eine kluge Energieversorgungsbevorratung und den raschen Ausbau von nachhaltigen Energiequellen zu wettbewerbsfähigen Preisen. RePowerEU sei ein erster notwendiger Schritt. Schwerpunkte einer gemeinsamen Rohstoffpolitik aus österreichischer Sicht: Rohstoffdiplomatie stärken, Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Nachbarstaaten wie UA und dem Westbalkan ausbauen, Konzentration auf Rohstoffe und Technologien, die für den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen notwendig sind.

Die EK (VP Vestager) sah eine Kontinuität bei der Rohstoffpolitik der EU und hoffe, dass auch Unternehmen sich an der Diskussion beteiligen werden. Die IPCEI dienen jedoch nur dem Ausgleich bei Marktversagen. Die EK (KM Breton) erklärte auch, dass man sich nicht am geopolitischen Spiel mancher Drittstaaten um Rohstoffe beteiligen wolle und daher müsse man die Vorkommen in der EU prüfen. Hier brauche es Innovation, um auch die Umweltfragen zu berücksichtigen.

Der künftige CZ VS wolle ein rasches Handeln bei kritischen Rohstoffen und die Nutzung der EU Ressourcen in dem Bereich. Ergänzend brauche es aber auch ein Netz an Freihandelsabkommen. Im Bereich Energie müsse der Anteil Erneuerbare und Energieeffizienz gesteigert werden. Auch Wasserstoff brauche es als Ergänzung, insb. für manche Industriezweige, die sonst nicht dekarbonisiert werden können.

Abschließend präsentierten der VS und die EK die wichtigsten Zielsetzungen des EK Vorschlags einer RL zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Information sowie die bisherigen Arbeiten im Rat zu diesem Dossier. Zudem gab die tschechische Delegation einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte der Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2022.

## 2. Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung, 10. Juni 2022

Am 10. Juni 2022 fand unter Vorsitz der französischen Ministerin Sylvie Retailleau der Forschungsteil des Rates Wettbewerbsfähigkeit in Luxemburg statt. Österreich wurde

durch Bundesminister Martin Polaschek vertreten. Seitens der Europäischen Kommission war Kommissarin Mariya Gabriel anwesend.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurden Schlussfolgerungen des Rates zu den europäischen Missionen angenommen. Schwerpunkte sind eine effektive Governance der Missionen, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie das Monitoring der Missionen. Österreich betonte in seiner Wortmeldung, dass die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Umsetzung der Missionen nicht einfach der Europäischen Kommission überlassen dürften: „Wir selbst sind in der Pflicht!“ lautete Minister Polascheks Appell. Kommissarin Gabriel knüpfte daran an und meinte, man könne die Ziele der Missionen nicht alleine erreichen, deshalb zähle man auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten.

Es folgte die Annahme der Schlussfolgerungen zu den Werten und Grundsätzen für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation, gemeinsam mit einer Erklärung des Rates zur russischen Invasion in der Ukraine (Anhang zu den Schlussfolgerungen). Damit soll der multilaterale Dialog über die Grundsätze und Werte der internationalen F&I-Zusammenarbeit mit wichtigen internationalen Partnern gestartet werden. Dazu kündigte Kommissarin Gabriel eine erste technische Sitzung für Anfang Juli an. Es gab von mehreren Mitgliedstaaten Wortmeldungen. Deutschland äußerte große Sorge mit Blick auf die Entwicklungen in China, wo es verstärkte Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit gebe.

Weiters erfolgte die Annahme von Schlussfolgerungen zur Bewertung der Forschung und zur Umsetzung der offenen Wissenschaft (Open Science). Sie adressieren eine Reform der Forschungsbewertungssysteme, einen europäischen Ansatz für akademische Veröffentlichungen und wissenschaftliche Kommunikation sowie die Entwicklung der Mehrsprachigkeit für europäische wissenschaftliche Publikationen. Schweden kündigte an, dass Open Science auch unter dem schwedischen EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2023 Thema sein werde.

In der anschließenden Orientierungsaussprache widmeten sich die Forschungsministerinnen und Forschungsminister der Unterstützung von Nachwuchsforschenden in Krisenzeiten (insbesondere während der Corona-Pandemie und in Folge der russischen Invasion in der Ukraine). Österreich unterstrich, dass die Corona-Pandemie für alle Forschenden starke Einschnitte gebracht habe, aber vor allem für Forscherinnen, die größtenteils die zusätzlichen familiären Betreuungspflichten bewältigt hätten. Mehrere Delegationen verwiesen auf die Einschränkungen bei der Mobilität, auch

der Stellenwert der mentalen Gesundheit wurde genannt. Betreffend Koordinierung auf europäischer Ebene regte Minister Polaschek an, über ein gemeinsames Instrument zur Unterstützung von „Researchers at risk“ nachzudenken. Dies wurde von mehreren Mitgliedstaaten unterstützt. Zahlreiche Delegationen begrüßten das rasch eingerichtete Portal ERA4Ukraine und berichteten über Maßnahmen auf nationaler Ebene.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informierte der Vorsitz über Veranstaltungen und Aktivitäten während der ersten Jahreshälfte und verwies auf Synergien zwischen der Höheren Bildung, Forschung und Maßnahmen zu Gunsten der Gesellschaft. Danach präsentierte die Kommission den aktuellen Stand der Umsetzung der neuen Governance des Europäischen Forschungsraums. Den Abschluss machte die tschechische Delegation mit einem Ausblick auf die Themen und Veranstaltungen des kommenden tschechischen Vorsitzes im zweiten Halbjahr 2022. Inhaltlich werden im Bereich Forschung die Themen Forschungsinfrastrukturen und Synergien in der F&I-Finanzierung im Mittelpunkt stehen, weiters der Kommissionvorschlag für eine Europäische Innovationsagenda.

Das nächste, informelle Treffen der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Forschung) findet am 22. Juli 2022 in Prag statt.

### 3. Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Raumfahrt, 10. Juni 2022

Österreich wurde im Raumfahrtteil durch Botschafter Gregor Schusterschitz vertreten. Seitens der EK waren KM Thierry Breton und GD DEFIS Timo Pesonen anwesend. Den Vorsitz führte die FR Ministerin für Bildung und Forschung Sylvie Retailleau.

Der Rat nahm zwei Schlussfolgerungen zu Copernicus und zum Weltraumverkehrsmanagement an. Im Zusammenhang mit Copernicus und dem Ausblick für diese Komponente des Weltraumprogramms bis 2035 betonte KM Breton die Wichtigkeit der europäischen Erdbeobachtungsinfrastruktur, die schrittweise weiterentwickelt werden müsse, um auf die Anforderungen der Zukunft reagieren zu können. Mit den vorliegenden Schlussfolgerungen würden die gemeinsamen Ziele für die weitere Modernisierung des Programmes festgelegt. Dabei hob KM Breton insbesondere die digitale Infrastruktur hervor, d.h. die Datennutzung müsse in den Vordergrund rücken als Grundlage für politische, wirtschaftliche Entscheidungsträger (z.B. Destination EarthE), sowie als Chance für KMU, Startups zur Entwicklung von Dienstleistungen.

Bei den Schlussfolgerungen betreffend ein EU-Konzept für das Weltraumverkehrsmanagement unterstrich KM Breton die Dringlichkeit eines

gemeinsamen europäischen Ansatzes für ein Weltraumverkehrsmanagement (STM). Die Anzahl der Weltraumobjekte steigt. Dies hat positive wirtschaftliche und sozioökonomische Effekte, doch gleichzeitig wird der Weltraum „immer voller“. Dies bedingt auch mehr Abfall und damit ein steigendes Risiko für die Weltrauminfrastrukturen. Eine wesentliche Rolle spielen hier EU SST, dessen Weltraumlageüberwachungs-, Erfassungs- und -katalogisierungsdienste weiter ausgebaut werden müssen. Die EK wolle dabei in vier Bereichen weiter vorankommen: beim Kapazitätsausbau, um als Union über eine strategische Weltraumkonstellation am Boden und im Orbit zu verfügen; bei Dual Use im Sinne einer Konsolidierung ziviler und militärischer Kapazitäten; bei der Erarbeitung von Vorschriften und Standards für STM; und durch eine verstärkte Zusammenarbeit auf globaler Ebene mit strategisch wichtigen internationalen Partnern.

Anschließend erfolgte eine Orientierungsaussprache zum Thema „Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des Weltraumprogramms der Union“ auf Grundlage der Frage, welche Maßnahmen zur Stärkung der Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit seitens der Union und MS getroffen werden sollten. Die Mehrheit der MS (darunter auch AT) betonte die Schlüsselrolle, die der Privatsektor bei der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des EU-Weltraumprogrammes spielen müsse, insbesondere im Kontext des geplanten neuen Programms für sichere Konnektivität. Neue Akteure (Start-ups und KMU) – auch aus anderen Sektoren wie Digitales und Telekom – könnten den Weltraumsektor vorantreiben, insbesondere wenn es um die Entwicklung disruptiver Technologien und Lösungen (wie Cyber-Resilienz, Quantenkommunikation und -verschlüsselung) gehe. Mit Blick auf die internationale Ebene hoben alle MS die Rolle der Vereinten Nationen und anderer internationaler Foren bei der Entwicklung von Standards und Normen in Bezug auf das Weltraumverkehrsmanagement hervor. Es bedürfe einer engen Abstimmung aller Akteure, um eine nachhaltige und vor allem friedvolle Nutzung des Weltraumes langfristig sicher zu stellen. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten, inklusive Österreich, betonte insbesondere die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), um gemeinsam als Europa eine starke Führungsrolle auf internationaler Ebene einzunehmen. In Bezug auf die Sichere Konnektivität bestanden mehrere Delegationen (darunter auch Österreich) darauf, dass die Finanzierung der Konstellation nicht zu Lasten bestehender Programme wie Copernicus und Galileo gehen dürfe. Auch gelte es eine Verdopplung von Arbeiten seitens der EU mit jenen von den Mitgliedstaaten und der ESA zu vermeiden.

Österreich informierte über zwei konkrete Maßnahmen zur Förderung des User-Uptakes: Zur Förderung der Energiewende mit Weltraumdaten werden mit den großen

österreichischen Energieunternehmen Herausforderungen definiert, zu denen in weiterer Folge im Rahmen eines Hackathons weltraumbasierte Lösungen von Start-ups präsentiert werden. Weiters wurde eine Workshop-Reihe gestartet, um den Expertinnen und Experten im Umwelt- und Klimabereich die Möglichkeiten und den Mehrwert von Weltraumdaten im Zusammenhang mit dem Umwelt- und Klima-Monitoring zu erklären.

Unter „Sonstiges“ informierte die tschechische Delegation über zwei geplante Schwerpunkte im 2. Halbjahr 2022: Weiterführung der Arbeiten zum EK-Vorschlag betreffend sichere Konnektivität sowie die Stärkung der Nutzung von weltraumbasierten Daten. Der nächste formale Rat Wettbewerbsfähigkeit/Teil Raumfahrt wird am 2. Dezember 2022 in Brüssel stattfinden.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. Juli 2022

Univ.-Prof. Dr. Martin  
Kocher  
Bundesminister

ao. Univ.-Prof. Dr. Martin  
Polaschek  
Bundesminister

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin